



Marburg, 22.05.2011

Eingang: 26.05.2011

TOP:

Fraktion DIE LINKE

Lfd.Nr. 27/2011 KT

Antrag zur Kreistagssitzung

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hessischer Kreistagsabgeordneter im Landkreis Marburg-Biedenkopf"

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt analog zur Studie von Dr. Hans-Peter Klausch: „Braunes Erbe-NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1. - 11. Wahlperiode“, die eigene Vergangenheit hinsichtlich früherer Nazimitgliedschaften von Kreistagsabgeordneten, Kreisausschussmitgliedern und Landräten aufzuarbeiten.

In dieser Studie soll die Geschichte des Altkreises Marburg und des Altkreises Biedenkopf von 1945 (1946)-1974 gesondert betrachtet werden, da im Rahmen der hessischen Gebietsreform 1974 die beiden Landkreise Marburg und Biedenkopf (mit der Sonderstatusstadt Marburg) zusammengeführt wurden.

Der Kreisausschuss wird beauftragt sich mit der Geschichtswerkstatt Marburg e.V., dem Fachbereich Geschichte der Philipps-Universität Marburg und dem Dokumentations- und Informationszentrum (kurz DIZ) in Stadtallendorf in Verbindung zu setzen, um zu eruieren wie man wissenschaftlich die parlamentarische NS-Geschichte des Landkreises aufarbeiten kann.

Der Kreisausschuss soll prüfen, welche Geldmittel notwendig sind, um eine solche Studie zu realisieren und diese Mittel im nächsten Haushalt zur Verfügung stellen.

Begründung:

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf gibt es durchaus gute Ansätze die eigene Geschichte der Region - auch mit ihren extremen Schattenseiten – aufzuarbeiten.

Sowohl die Geschichtswerkstatt Marburg e.V. als auch das Dokumentations- und Informationszentrum (kurz DIZ) in Stadtallendorf haben zur Erforschung der Zwangsarbeit im Landkreis Pionierarbeit

geleistet. Wenig erforscht ist allerdings, die parlamentarische NS-Geschichte des Landkreises nach 1945.

Die Verbindungen von Kommunalpolitikern zum ehemaligen NS-Staat würde einiges an Brisanz innehaben und die These unterstützen, dass es nach 1945 keinen vollständigen Bruch mit dem Nazi-Regime gab, sondern eine hohe Kontinuität und personelle Verflechtung mit der NS-Diktatur.

Die Studie von Dr. Hans-Peter Klausch auf Landesebene hat jedenfalls gezeigt, dass es ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in Hessen gelang in politische Spitzenämter gewählt zu werden, - vom Fraktions- und Landesvorsitzenden bis hin zum Minister.

Außerdem wurde gezeigt, dass bisherige offizielle Angaben zur NSDAP-Zugehörigkeit von Mitgliedern des Landtags falsch sind. Nur bei drei Abgeordneten wurde eine NSDAP Mitgliedschaft nachgewiesen, obwohl nach Klausch mindestens 75 Abgeordnete (von 333 Abgeordneten im Hessischen Landtag) ehemalige NSDAP-Mitglieder waren. Das sind über 20-mal mehr NSDAP-Mitglieder im Hessischen Landtag als offiziell bekannt; viele davon in politischen Spitzenämtern bis hin zu schwer belasteten Naziverbrechern als Abgeordnete.

Der Landkreis sollte sich nicht scheuen einen Beitrag zur geschichtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit zu leisten und seine eigene politische Vergangenheit näher zu beleuchten. „Lernen aus der Geschichte“ ist oftmals nur eine hohle Phrase, da man sich mit den unbequemen Seiten der eigenen Geschichte, auch der parlamentarischen Vergangenheit, ungern beschäftigt.

Eine vom Kreistag finanzierte Studie, die sich diesem Thema widmet, wäre ein wichtiges Signal, dass man sich wirklich mit der Vergangenheit befasst und sich auch die Schattenseiten auf der Ebene der politisch Machthabenden ansieht.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.

Anna Hofmann
(Fraktionsvorsitzende)

Bernd Hannemann
(Kreistagsabgeordneter)